„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Edwards,
Geschäftsführender Direktor.
Reinhard Bull, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3191

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Text.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 30c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll, einspaltig. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht" usw. für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Zeile 50c.

Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25, für jede weitere Zeile 90c.

Deutschcanadier und Politik

Die Berichte über die letzten Munizipalwahlen in Saskatchewan und andere Zuschriften an den Courier zeigen uns, daß das politische Interesse der Deutschcanadier und das deutsche Bewußtsein unserer Freunde erfreulicherweise wieder langsam zu neuem Leben erwachen. Man hat im Kriege versucht, uns allerlei Schlimmes dieses Bewußtsein gewaltsam zu untergraben. Nach Beendigung des Völkerringens wurde von gewisser Seite die Losung der „Kanadisierung", worunter man in Wahrheit Anglisierung oder Epitomierung zu verstehen hatte stark betont. Was mit Gewalt nicht zu erreichen war, sollte auf Schleichwegen und durch Hintertürenpolitik zu Wege gebracht werden. Aber all die verschiedenen Kunstgriffe und all das Fischen im Trüben verfehlten bei der großen Masse unserer deutschsprechenden Brüder die beabsichtigte Wirkung. Nur verhältnismäßig wenige gerieten ins Wanken und ließen sich von dem geraden Weg der Pflicht gegenüber ihrer deutschcanadischen Sache abbringen. Die Mehrzahl hat im Herzen das alte kostbare Erbgut der Väter treu bewahrt.

Der Courier, das führende Organ des Deutschcanadiertums, würde sich einer Unterlassungssünde schuldig machen, wenn er sich angesichts des reger werdenden deutschen Bewußtseins in Schweigen hüllen wollte, zumal die da und dort auftauchenden Gerüchte von bevorstehenden Wahlen eine klare Stellungnahme der deutschsprechenden Kreise unbedingt notwendig machen. Da der Courier nicht durch einseitige parteipolitische Interessen gebunden ist, kann er unbeeinflußt von widrigen Nebenströmungen freimütig für das Beste des Deutschtums in Canada eintreten.

Wenn wir von Deutschtum sprechen, so sind wir uns wohl bewußt, daß wir nicht nur dieser Sache treu zu dienen haben, sondern mit der nämlichen Ergebenheit auch der Sache unseres neuen Landes Canada. Doch ist es überflüssig, auf diese Selbstverständlichkeit immer erst mit großer Geste hinzuweisen. Die praktische, nutzbringende, kulturaufbauende Tätigkeit der Deutschcanadier hat der Dominion mehr zur Entwicklung verholfen als alles Gerede über Loyalität und canadischen Nationalismus. In den meisten Fragen, welche die Wohlfahrt und die zukünftige Größe Canadas betreffen, können wir mit den Abkömmlingen anderer Nationalitäten, den Englischcanadiern, den Französchcanadiern Hand in Hand arbeiten und tuen es auch. Aber in der richtig verstandenen Politik kann es sich nicht nur um die Förderung des materiellen Wohles handeln. Geistige und kulturelle Interessen stehen weit höher, verdienen den Vorrang vor allen wirtschaftlichen und sonstigen Fragen, ebenso wie die Seele des Menschen wertvoller ist als der sterbliche Leib.

Eines unserer höchsten kulturellen Interessen liegt auf dem Gebiete der Muttersprache. Ist es notwendig, darüber noch viel zu sagen? Haben nicht deutschcanadische Vereine und deutschcanadische Druckerzeugnisse sich schon oft genug für die Erhaltung und Pflege des Kulturgutes der Muttersprache erklärt? Es ist aber in den letzten Jahren bei schriftlichen und mündlichen Forderungen geblieben, ohne daß sie mit dem nötigen Nachdruck weiterverfolgt wurden. Aus dieser Zeit des passiven Verhaltens müssen wir endlich heraus und zu entschlossener Aktivität übergehen.

Die nächsten Provinzialwahlen in Saskatchewan werden die günstigste Gelegenheit dazu bieten. Wenn dann diese oder jene Partei, dieser oder jener Kandidat an uns herantritt und um unsere Unterstützung wirbt, so müssen wir zuerst die betreffenden Kreise einer Prüfung auf Herz und Nieren unterziehen. Sind sie unseres Vertrauens würdig oder haben sie in der Vergangenheit gerade das Gegenteil von dem getan, was sie uns für die Zukunft versprechen mochten? Wir sollten uns doch fürwahr zu gut dazu sein, nur das Stimmvieh für andere abzugeben, die dann nachher über uns, über unsere Gutmütigkeit und Leichtgläubigkeit vielleicht noch lächeln und spötteln. Oder wollen wir nichts anderes als Schachfiguren darstellen, die gerissene Politiker auf ihrem Schachbrett nach Belieben hin und her schieben? In der Politik müssen wir Deutschcanadier das System der Gutmütigkeit zum alten Eisen werfen. Wer mit uns und unserer Unterstützung rechnen will, darf nicht mit den Mitteln des Bauerntanges zu uns kommen, sondern muß uns auf Grund seiner Vergangenheit und seiner Charaktereigenschaften die Gewähr bieten, daß er unseren Forderungen Rechnung tragen will und kann.

Ist es da in der Provinz Saskatchewan mit ihren großen deutschen Distrikten zu viel verlangt, wenn wir dafür eintreten, daß in den Schulen dieser deutschen Distrikte täglich eine Stunde deutschen Unterrichtes als ordentliches Lehrfach in den Lehrplan aufgenommen werden darf? Das Recht, das den Französischcanadiern zusteht, braucht nur sinngemäße Anwendung auf uns Deutschcanadier zu finden. Die Versäumnisse der Vergangenheit können dabei keine Gültigkeit mehr haben. Denn bei allen Neuwahlen kristallisiert sich eine neue politische Entwicklung, beeinflußt durch die jeweiligen Zeitströmungen, heraus. Sollen wir dabei im Hintergrund, in der Truzecke oder schüchtern im Verborgenen stehen bleiben? Wenn wir nicht einmal mehr auf Verwirklichung der elementarsten Forderung des natürlichen Menschenrechtes, nämlich der Muttersprache, hoffen, können, dann „Gute Nacht" deutsche Sache in Canada! Dasselbe gilt auch für die Forderung der einfachsten Gerechtigkeit, daß den Leuten deutscher Herkunft mehr als bisher Gelegenheit zu Anstellungen in öffentlichen Aemtern gewährt werde. Das war in der Vergangenheit ein so trauriges Kapitel, daß es höchste Zeit zu einer Aenderung dieses Zustandes geworden ist.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Wer immer links und rechts schielt, um bei den zukünftigen Führern den Anschluß nicht zu verpassen, mag zwar seinen Privatgeschäften dienen, kann aber der gemeinsamen Sache nicht nützen. Wer nicht den Mut hat, offen und frei sich zum gleichen Blut und zur gleichen Sprache zu bekennen, sollte aus unseren Reihen ausgeschlossen sein. Halbherzige, Feiglinge und Speichellecker, die im entscheidenden Augenblick doch auf die Gegenseite hinüberlaufen, verdienen nur unsere Verachtung. Wir brauchen eine zielbewußte und mutige Schaar, welche von ihrer guten Sache überzeugt und derart durchdrungen ist, daß sie auch vor den größten Opfern nicht zurückschreckt.

Wir hatten diesen Artikel bereits niedergeschrieben, als wir von Herrn Prof. Alfred Rehwinkel in Edmonton längere Ausführungen über „Das Deutschtum in Westcanada" erhielten, die wir an anderer Stelle in dieser Nummer zum Abdruck bringen. Da Herr Professor Rehwinkel namentlich auf die Verhältnisse in Alberta eingeht, während wir vorstehend die Verhältnisse in Saskatchewan behandelten, so laufen die beiden Artikel parallel mit einander und ergänzen sich in verschiedenen wichtigen Punkten. Wir möchten nicht verfehlen, unseren werten Lesern die Lektüre der Ausführungen des Herrn Professors Rehwinkel dringend zu empfehlen.

Neuer Plan zum Sturze der Sowjetregierung

Neue Wrangelarmee soll organisiert werden.

In der letzten Zeit hörte man ein Flüstern und Raunen im Blätterwalde der europäischen Diplomatie, daß eine kriegerische Aktion zum Sturz der bolschewistischen Beherrscher Rußlands geplant sei. Dann kam, klein, unverdächtig, von der Oeffentlichkeit wenig beachtet, an diplomatischen Stellen aber sehr beachtet, folgende Meldung der Prawda:

„Belgrad. — Auf der Konferenz zwischen Jankow, Paschitsch und Nintschitsch wurde beschlossen, die ehemalige Wrangel-Armee zu reorganisieren und kampffähig zu machen. Zu diesem Zweck wurde die Mobilisierung der in Bulgarien und Jugoslawien befindlichen Kosaken und monarchistischen Russen angeordnet."

Und gleich hinterher kamen die „Münchener Neuesten Nachrichten" mit der Frage: „Was geht vor?" Sie schrieben: „In den um den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch versammelten Pariser Kreisen geht man allen Ernstes daran, eine neue Judenitsch-Expedition aus, zu der den ersten Anstalt die Sammlung der Wrangelscharen aus dem Balkan bilden soll. Und nur glauben nicht wahrzunehmen in der Annahme, daß bereits weitgehende Vorkehrungen getroffen sind, eine Expeditionsarmee aufzustellen, an der sich gehäuft von Nikolai Nikolajewitsch, Polen, die Tschechei, die Balkanstaaten und natürlich auch Frankreich beteiligen werden. Mit Lockspeisen ist man dabei nicht spartam. So wird, wenn mit recht berechtigt und den Polen nur ihre Waffenhilfe die Ukraine versprochen. Auch Deutschland fehlt in dieser Rechnung nicht. Da man uns zum Schein eine bewaffnete Soldatenkruppe zu billigen wird, bleibe dahingestellt, gewiß ist, daß deutscher Boden, wie vielleicht Bayern, als Versammlungsgebiet dieser Phantasiearmee gedacht ist."

Welch gewaltiges Aufsehen hätten solche Nachrichten vor 1914 in der ganzen Welt erregt! Und heute? Die vom Kriegen gemarterte Welt beachtet sie kaum. Ein Krieg mehr oder weniger, was kommt darauf an! Der Völkerbund von dem wenigen Weltfrieden erträumte, spricht sie nicht. Die öffentliche Meinung der europäischen Länder regt sich nicht auf, weil der Ernstfall mit seinen eigenen Sorgen zu sehr beschäftigt ist. Die Diplomaten allerdings spitzen die Ohren und in den unterirdischen Informationskanälen wird viel Unerquickliches gearbeitet. Besonders die Russen, die durch Spionage und Nachrichtendienst in allen Hauptstädten Europas wundervoll fein organisiert sind, haben ein auf der Wacht. Aber das ist so gewöhnlich alles.

Und doch verdienen die Vorgänge, die durch die obigen Nachrichten angedeutet werden, weitgehende Beachtung. Daß der Teil der europäischen Politik, der von den französischen Militaristen bestimmt wird, ungeachtet aller Anerkennungen der Sowjetregierung hinarbeitet, ist jedem bekannt. Die französischen Blätter, allen voran der „Temps", machen aus dieser Absicht gar kein Hehl und drängen darauf, daß es das Ziel der Weltmacht sein müsse, den Bolschewismus mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ein solcher Kampf aber wird durch eine Offensive möglich.

Weltumschau

Deutschland

Der neue Reichskanzler Dr. Hans Luther unterbreitete dem Reichstag sein Programm, in welchem die loyale Erfüllung des Londoner Abkommens auf Grund des Dawesplans und der damit verbundenen Gesetze des Reichs ausgesprochen wird. Dafür erwarte, so heißt es weiter, Deutschland seinerseits ein volles Maß gegenseitiger Loyalität seitens der anderen Signatarmächte des Abkommens.

Der Kanzler erklärte, daß die Verlängerung der Okkupation in der Kölner Zone das Londoner Abkommen dem Buchstaben und dem Geist nach verletze und daß die neue Regierung voll und ganz hinter dem Protest stehe, welcher schon von seinem Vorgänger gegen diese Aktion der Alliierten ausgesprochen worden sei. Der Kanzler will indessen so bald wie möglich Verhandlungen einleiten um eine Beilegung dieser Frage zu erzielen, was nach den Darlegungen des Kanzlers unerläßlich ist, wenn die innere Lage Deutschlands gesundet, das Wirtschaftsleben gehoben und freundschaftliche Beziehungen auf dem Gebiet der Auslandpolitik herrschen sollen.

Gleich zu seinen ersten Sätzen betonte der Kanzler, daß jeden Versuch, die deutsche Verfassung auf gewaltsame oder gewaltsame Weise zu ändern, mit Gewalt Widerstand geleistet werden solle, und daß jeder derartige Versuch als Hochverrat behandelt werden müsse.

Indezug auf die Anwendung des Dawesplans durch den Generalagenten W. Parker Gilbert jr. erklärte Dr. Luther, daß alles glatt gehe und die deutschen Beamten das Ihre dazu beitrügen, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen und mitzuhelfen.

In verschiedenen politischen Kreisen erblickt man in der Programmerklärung des neuen Kanzlers den Versuch, die Kluft, welche durch die Regierungskrise unter den Parteien erweitert worden war, wieder zu schließen. Der Reichstag hörte ihn mit Ausnahme der Kommunisten, mit gespannter Aufmerksamkeit zu und die Nationalisten klatschten Beifall, als er sich über die Ruhrer Frage äußerte.

Die Handhabung der inneren Politik ist darauf berechnet, die Sozialisten zufriedenzustellen, besonders die Aufrechterhaltung des Achtstundentags in der Staatsbetriebe und die Beibehaltung dieses Achtstundentag wenigstens überall dort zur Geltung zu bringen, wo die Beschäftigung der Gewerbe unzuträglich ist.

Der Reichstag war überfüllt, als Dr. Luther das Wort ergriff. Er sollte seinem Vorganger, Dr. Marx und dessen Kabinett, Tribut mit der Erklärung, daß das bisherige Kabinett das deutsche Volk auf dem Weg des Wiederaufbaus vorangebracht habe und die neue Regierung auf diesem Wege weiter gehen müsse. Er wiederholte die an die Alliierten gerichtete Forderung, daß sie ihre allgemein gehaltenen Behauptungen indezug auf die Entwaffnung und Abrüstung Deutschlands durch Tatsachen erhärten sollten, damit die deutsche Regierung in die Lage komme, darauf zu antworten. Indezug auf Deutschlands Haltung zur Völkerliga betonte er, daß die Frage ist dem Memorandum der bisherigen Regierung an den Ligarat beleuchtet worden sei, und fügte hinzu, daß auch die neue Regierung die Bemühungen fortsetzen werde, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf der Verantwortlichkeit für den Krieg zu entlasten.

Der Kanzler erklärte, daß Deutschland seine Ausfuhr stehen müsse, um auf den Weltmärkten kaufen und seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Er sei auch auf die schwebenden Verhandlungen zwecks Abschlusses von Handelsverträgen mit anderen Ländern zu sprechen und sagte, er werde allen Maßnahmen opponieren, welche darauf berechnet seien, Deutschlands Handlsfreiheit zu lähmen, und eine Lösung suchen, welche Deutschland gleiche Rechte mit anderen Nationen sichere.

Auch solchen inneren Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Aufwertung widmete der Kanzler seine Aufmerksamkeit, und indezug auf den letzten Punkt stellte er Gesetzvorschläge in Aussicht, welche den berechtigten Wünschen derer, die durch die Inflation um alles gekommen sind, entgegenkommen. Auch solle das Steuersystem reformiert werden und überflüssige Steuern sollen ganz fallen, wenn man sich auch mit dem Gedanken vertraut machen müsse, daß die Tragkraft des Volkes unter allen Umständen entsprechend sei.

Der Kanzler appelliert an alle, einig zu sein, da nur auf diese Weise Deutschland seine Freiheit sichern und wieder hergestellt werden könne.

Der neue Kanzler gab die Besetzung von zwei weiteren Ministerposten bekannt. Dr. Otto von Schlieben, bisheriger Abteilungschef im Finanzministerium, wurde Finanzminister und Dr. Krohne, der bisherige Unter-Staatssekretär im Ministerium für das Verkehrswesen, wurde Verkehrsminister.

Dr. von Schlieben gehörte der Budgetabteilung des Finanzministeriums. Er ist Mitglied der Deutschnationalen Partei. Seine Ernennung und die Dr. Krohnes fand nur wenige Stunden vor der Sitzung des Reichstags erfolgt. Dr. Marx hatte jetzt noch nach einem geeigneten Mann für den Posten des Ministers für das besetzte Gebiet.

Seymour Parker Gilbert, Generalagent für Entschädigungszahlungen, hat der Reparationskommission einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse des Dawes-Planes überreicht. Er weist darauf hin, daß Deutschland seit der Durchführung des neuen Vereinbarung ungefähr 20 Millionen Gold mar zu viel an die Alliierten gezahlt hat. Mr. Gilbert darlegt, stützt dies auf den vermutlichen Berechnungen ist. Dr. Stresemann hat bereits bei der Wiederherstellung Deutschlands, zu gleicher Zeit als der Uebertragungsschutz, welche sie von Deutschland einen Plan einverlangt hatte. Der Sachverständigen hat eine allgemeine Uebereinkunft über die Anwendung des Dawes-Plans und hat die Durchführung zufriedenstellend ist.

In Deutschland hatte der vergangene Winter in 100 Jahren. Aus amtlichen Quellen verlautet, daß Blumen billiger werden.

In Frankfurt hat der ehemalige parlamentarische Dr. Gärtner angekündigt, eine Deutsch-Amerikanische Dynamit-Gesellschaft zu gründen. Von den 20 Millionen Dollar Kapital sollen dreiviertel in Deutschland und der Rest hier aufgebracht werden, drei Viertel in Amerika aufgebracht werden.

Die frühere Königin Marie Sophie Amalie von Neapel ist in München gestorben. Sie wurde am 4. Oktober 1841 als Tochter des Herzogs Carl Theodor von Bayern in Possenhofen geboren und im Jahre 1859 mit Franz, dem Sohne des letzten Bourbonenkönig von Neapel, verheiratet. Franz wurde im Jahre 1860 von Garibaldi entthront, als dieser Sizilien und Neapel eroberte. Der König und seine Gattin mußten sich mit ihren Truppen nach Gaeta zurückziehen und Königin Marie Sophie stellte sich selbst, mit der Fahne in der Hand an die Spitze der Truppen, um den Feind abzuwehren. Ihre Aktionierung war indessen vergebens, da die Festung durch Verrat den roten Garibaldiern in die Hände fiel. Das abgesetzte Königspaar führte seitdem ein Wanderleben, das es nach Oesterreich, Frankreich und Bayern führte. Franz starb im Jahre 1894 in Arco, Tirol, und seine Gattin überlebte ihn mehr als 30 Jahre.

Frankreich

Frankreichs Einnahmen für das Jahr 1925 werden die Ausgaben um 34,000,000 Franken ($1,815,000) übersteigen, wie das Budget-Komitee der Kammer behauptet. Die Einnahmen werden auf 33,524,000,000 Franken ($1,790,181,600) geschätzt; die Ausgaben auf 33,490,000,000 ($1,788,306,000) Franken.

Nach einer in der Deputiertenkammer eingebrachten Vorlage, die von Mitgliedern, fast aller Gruppen unterstützt wird, sollen Junggesellen und kinderlose Ehepaare künftig nach schwerer besteuert werden. Der Entwurf empfiehlt den monatlichen Zuschuß für Eltern mit großen Familien von 90 Francs, wie jetzt bestimmt, auf 350 Francs zu erhöhen. Zur Aufbringung der nötigen Gelder ist eine stufenweise Besteuerung der Einkünfte von unverheirateten Personen beiderlei Geschlechts vorgeschlagen. Bei Einkünften von 7000 bis 10,000 Francs ist die Steuer 2 Prozent, bei Einkommen von 10,000 bis 20,000 4 Prozent und 6 Prozent bei solchen, welche über 20,000 hinausgehen. Verheiratete Personen ohne Kinder können ähnlicher weise. Sie haben nur 2 Prozent bei Einkommen von 10,000 bis 20,000 Francs zu zahlen und 4 Prozent bei höheren Einkünften. Diese Steuer wird neben der gewöhnlichen Einkommensteuer erhoben.

In ganz Frankreich haben gestern Sonntag [illegible] Protestversammlungen gegen die Verschlechterung der Regierung [illegible]

Erbitterter Streit um den Opiumhandel

[illegible]